

Europäische Streitkräfte von morgen: Eine neue Perspektive

Konzeptioneller Rahmen

Die Sicherheitspolitik der Europäischen Union sollte ihre in Ansätzen erkennbare integrale Vorgehensweise weiterentwickeln, indem sie diplomatisches, politisches, kulturpolitisches, ökonomisches und – in diesem Kontext – auch militärisches Handeln bündelt, um so die internationale Stabilität zu fördern. Die Europäische Union würde aufgrund ihres Interesses an einer tragfähigen Rechtsordnung und an ausgewogenen multipolaren Beziehungen gewiß nicht von einer Außenpolitik profitieren, in der militärische Optionen und Erwägungen dominieren. Deshalb sollten Europas Streitkräfte auch keine globale Reichweite besitzen. Von diesem Grundsatz muss es möglicherweise – allerdings besonders begründungspflichtige - Ausnahmen geben, wie beispielsweise die plötzlich notwendige, sofortige Reaktion auf die unmittelbare Gefahr eines Genozids in einem anderen Kontinent. In der Regel aber sollte die europäische Verteidigungspolitik (abgesehen von der normalen Verpflichtung zur weltweiten Katastrophenhilfe) ihre Ressourcen auf den Schutz des eigenen Territoriums sowie auf ein eher begrenztes Reaktionspotential zur Begegnung eventueller Krisen an der Peripherie des alten Kontinents konzentrieren.

Die produktive Sicht einer durch eine Matrix ausgewogener Multipolarität gekennzeichneten Welt läßt keinen Raum für Ansprüche auf Vorherrschaft – auch und gerade nicht der Europäer. Sie legt es vielmehr nahe, bei der Entwicklung und Konsolidierung anderer regionaler Sicherheitssysteme auf der ganzen Welt helfend mitzuwirken, indem man auf bereits vorhandenen Strukturen in Südostasien, Süd- und Westafrika oder in Südamerika aufbaut und im Interesse der Stabilisierung der jeweiligen Situation großzügige, ganzheitliche Unterstützung gewährt, anstatt die dortigen Rüstungswettläufe anzuheizen. Langfristig gesehen würde ein solcher Ansatz wesentlich dazu beitragen, dass dem heute fest etablierten militärischen Hegemon, nämlich den USA, Gelegenheiten zur Intervention entzogen werden könnten. Dies wiederum würde den Status des Hegemons als *des* Weltpolizisten schrittweise untergraben und die Welt aufgeschlossener für partizipatorische zwischenstaatliche Beziehungen machen.

Leitlinien: Institutionen und völkerrechtliche Aspekte

Die EU-Länder, welche die Schaffung gemeinsamer Streitkräfte unterstützen, würden einen „offenen Club“ bilden und allen anderen den Beitritt unter der Bedingung anheimstellen, dass Entscheidungen über die Anwendung militärischer Gewalt einer „Supermajorität“ bedürfen und dass der einzelne Mitglied-

staat sich nicht ohne Zustimmung aller anderen Mitglieder zusammen mit Nichtmitgliedstaaten der EU an einem Krieg beteiligen darf. Die erstere dieser Auflagen leitet sich aus der Tatsache ab, dass die Frage von Krieg oder Frieden für alle an einem derart integrierten System Beteiligten einen besonders hohen Stellenwert hat, während die letztere darauf beruht, dass jedes Hinnehmen eines Sonderengagements die Lebensfähigkeit der gemeinsamen Streitkräfte sowie die Selbstachtung der Mitgliedstaaten aushöhlen würde.

Der Begriff der Lebensfähigkeit impliziert ferner, dass europäische Streitkräfte selbst bei größer angelegten Operationen nicht von der Aufklärungs- und Führungsinfrastruktur sowie der logistischen Unterstützung der NATO abhängig sein sollten. Andernfalls könnten die USA mit ihrer eindeutigen Dominanz in der NATO indirekt die Sicherheitspolitik Europas beeinflussen. Soll eine derartige Unabhängigkeit erreicht werden, so setzt dies zweifellos voraus, dass bestimmte Unterstützungspotentiale neu zu schaffen sind. Um jedoch ein Übermaß an Duplikation zu vermeiden, sollten bisher für eine NATO-Verwendung vorgesehene nationale Komponenten für europäische Zwecke umgeplant werden, was auf vertraglicher Grundlage und unter Ausschaltung eines Vetorechts der NATO geschehen könnte.

Praktische Unabhängigkeit von der NATO, die allerdings selbstbewusste Kooperation nicht ausschließt, ist dabei die eine Seite der Medaille, die andere besteht in vorbehaltloser Unterstützung der Vereinten Nationen und der OSZE als ihres europäischen Subsystems. Wenn langfristige Stabilität in einer multipolaren Welt das primäre Ziel ist, kann es keine gangbare Alternative zur Stärkung der Weltgemeinschaft und zur Herrschaft des – freilich weiter zu entwickelnden - Völkerrechts geben.

Orientierung: Die USA als schlechtes Beispiel

Das Schlechteste, was die Europäer tun könnten, wäre ein Konkurrieren mit den Vereinigten Staaten um einen (Beinahe-)Gleichstand als Militärmacht. Erstens stünde dies in Widerspruch zu der Überlegung, dass die EU gut daran tut, eine Außenpolitik zu entwickeln, die sich nicht militärischer Macht als einer allzu einfachen Rückfallposition bedient. Und zweitens übertreffen die Vereinigten Staaten bei ihren Rüstungsausgaben die Europäer mit so großem Abstand, dass jedes substanzielle Bemühen um eine Schließung dieser Lücke schwerwiegende politische Risiken mit sich brächte. Dies könnte – anders ausgedrückt – das Ende des Wohlfahrtsstaats und damit eines der komparativen Vorteile bedeuten, die Europa gegenüber den USA aufweist.

Der Unterschied bei den Verteidigungsausgaben ist in der Tat enorm. Im Haushaltsjahr 2003 belief sich der ursprünglich geplante Haushalt des Pentagon auf das Doppelte der entsprechenden Ausgaben aller EU-Länder zusammengenom-

men. Die offizielle Planung auf beiden Seiten des Atlantiks (und zwar selbst unter Ausklammerung der plötzlichen Steigerung der US-amerikanischen Aufwendungen zur Zeit des Krieges gegen den Irak von Saddam Hussein und der Ausgaben für die Besatzungstruppen) macht ein weiteres Wachstum dieses Abstands sehr wahrscheinlich. Zugegebenermaßen mag diese Diskrepanz weniger dramatisch aussehen, wenn man berücksichtigt, dass die durchschnittlichen Kosten für militärisches Personal in Europa niedriger sind als in den USA. Eine solch relativierende Einschätzung wird jedoch gegenwärtig durch die simple Tatsache mehr als aufgewogen, dass die Vereinigten Staaten als Nationalstaat einen einheitlichen Akteur darstellen und dass ihre Streitkräfte eine integrierte Organisation bilden, wohingegen die Europäische Union keines dieser beiden Merkmale aufweist.

Das hier vorgeschlagene Modell für Europäische Streitkräfte ist als konzeptioneller Beitrag zur Förderung von nationaler Rollenspezialisierung und einer militärischen Integration gedacht, die natürlich noch einen langen Weg vor sich hat. Nun ist dies ein legitimes und vernünftiges Ziel, doch die Verteidigungsausgaben sollten aus den dargelegten Gründen keineswegs erhöht werden. Ganz im Gegenteil: Es ist durchaus vorstellbar, dass zukünftige gesamteuropäische Streitkräfte für nur rd. 1% des gesamten BIP der EU oder sogar noch weniger unterhalten werden können, sofern einige bescheidene Erfolge bei der organisatorischen Integration und die Perspektive militärischer Selbstbeschränkung (keine massive Machtprojektion mit globaler Reichweite) angenommen werden. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten geben z. Zt. (ordentlicher Haushalt 2003) ca. 3,5% ihres BIP für ihre Streitkräfte aus, während der entsprechende Anteil bei der Europäischen Union 1,7% beträgt.

Charakteristika: Schlüsselfunktionen und militärische Struktur

Welche Funktionen sollten der militärischen Komponente der Sicherheitspolitik Europas angesichts seiner Selbstbeschränkung und der speziellen Rolle als Faktor regionaler Stabilität und weltweiten Ausgleichs zugewiesen werden? Zum einen müsste jedes europäische Sicherheitsregime auf den Ebenen institutioneller Mechanismen und militärischer Strukturen gewährleisten, dass die Wahrscheinlichkeit militärischer Konflikte der Mitgliedstaaten untereinander minimiert wird. Zweitens – und dies ist genauso wichtig – sollten sich die gemeinsamen Streitkräfte Europas auf Verteidigungsaufgaben spezialisieren, um benachbarte Staaten und Regionen nicht zu provozieren. Darüber hinaus müsste jede militärische Intervention im Namen der Europäischen Union zwei grundlegenden Kriterien entsprechen: nicht nur – wie bereits erwähnt – die Legitimation durch die Vereinten Nationen, sondern auch die Qualität eines Beitrags zur regionalen Stabilität besitzen.

Das letztere Kriterium schließt aggressive Einsätze, d.h. militärische Eroberung oder Strafaktionen, völlig aus. Es legt vielmehr den folgenden Katalog von Hauptaufgaben vor, die in einem ganzheitlichen Ansatz anzugehen wären, wobei jede Gewaltanwendung einer strengen politischen Kontrolle unterläge und nur im Kontext mit anderen (diplomatischen, wirtschaftlichen usw.) Maßnahmen erfolgen würde:

- militärische Absicherung von Wirtschaftssanktionen (die sich nicht gegen die Zivilbevölkerung richten), Waffenembargo usw.,
- präventive, defensive und stabilisierende Dislozierung von Streitkräften in akut bedrohte Länder oder Regionen,
- Evakuierung von Ausländern aus Gebieten, in denen Bürgerkrieg herrscht,
- Errichtung und Sicherung von entmilitarisierten Zonen, die Kriegsparteien voneinander trennen,
- Schutz humanitärer Hilfstransporte und energische Verteidigung von der Weltgemeinschaft deklarerter Sanktuarien,
- bewaffnete Überwachung von Territorien, um Konfliktparteien unter Kontrolle zu halten,
- Erfüllung traditioneller Blauhelmaufgaben.

Die militärische Struktur der vorgeschlagenen europäischen Streitkräfte sollte in signifikantem Umfang auf diese Aufgaben bzw. Funktionen zugeschnitten sein; anders ausgedrückt: die defensive Ausrichtung und die Festlegung auf Friedensunterstützung sollten sich schon in ihrer Struktur widerspiegeln.

In diesem Zusammenhang ist jedoch der Hinweis angezeigt, dass einige Teilnehmerstaaten möglicherweise neben ihren für einen Einsatz im europäischen Rahmen vorgesehenen Kräften auch noch ein rein nationales Eingreifpotential aufrechterhalten wollen, da Teile ihres Hoheitsgebiets (ehemalige Kolonien, die inzwischen Teile des Mutterlandes sind) außerhalb Europas liegen. Andere mögen an ihrem nuklearen Status festhalten wollen, den sie sich so teuer erkaufte haben. Derartige Ausnahmen von der Regel könnten als ungerechtfertigte Privilegien interpretiert werden und Störungen auf dem langen Weg zur Integration zur Folge haben. Es mögen Jahrzehnte vergehen, bis diese Hindernisse ausgeräumt sind.

In jedem Fall aber müssen Versuche, die EU mit einem eigenen *Atompotential* auszustatten oder den französischen und britischen nuklearen Arsenalen einen europäischen Anstrich zu geben, vereitelt werden. Europa ist keiner nuklearen Bedrohung ausgesetzt. Die Beibehaltung von Atomwaffen ist politisch nutzlos und kontraproduktiv, denn sie trägt nicht zur regionalen Stabilität bei und gibt den Entwicklungsländern ein falsches Beispiel. Europäische Atombomben wür-

den eine EU-Sicherheitspolitik kompromittieren, die auf internationalen Ausgleich abzielt.

Größenordnungen: Ressourcen, Personal, Budget

Wahrscheinlich werden die vorgeschlagenen europäischen Streitkräfte ein Jahrzehnt oder mehr brauchen, ehe sie zu einem einigermaßen zusammenhängenden Ganzen zusammengewachsen sind. Im Interesse eines soliden, datengestützten Kalküls wird jedoch angenommen, dass es eine vollgültige militärische Struktur bereits im Jahr 2004 (also zum Zeitpunkt der EU-Erweiterung) gibt. Eine weitere Annahme besteht darin, dass sich die große Mehrheit der Mitgliedstaaten daran beteiligt, so dass jährlich insgesamt rund 100 Mrd. für Zwecke der europäischen Verteidigung und für ein Mindestmaß an nationalen Schutzmaßnahmen zur Verfügung stünden, was etwa 0,9% des für 2004 erwarteten Bruttoinlandsprodukts für die gesamte EU entspricht.

Eine Modellrechnung zeigt, dass dieser Betrag ausreichen würde, um Personal-, Ausrüstungs- und Betriebskosten für eine stehende Streitmacht von *einer Million* Soldaten (also etwas über die Hälfte dessen, worüber die EU-Staaten heute insgesamt verfügen) zu decken – vorausgesetzt, man würde auf die ehrgeizige Option massiver, globaler Machtprojektion sowie die Fixierung auf anspruchsvollste Spitzentechnologien verzichten. Ein Überblick über die personalbezogenen Zahlen (Kosten in Mio. €) stellt sich folgendermaßen dar:

Personal	Kosten pro Kopf und Jahr	Anzahl	Summe
aktive Soldaten zuzügl. 25.000 Dienstposten für Reservisten	0,0285	1.000.000	28.500
Zivile Verwaltung	0,0400	200.000	8.000
Ruhegehälter/Versicherungen usw.			19.500
Insgesamt			56.000

Anm.: Die zugrunde gelegten Zahlen sind Mittelwerte, die aus einer Untersuchung der einschlägigen Verteidigungshaushalte in Europa abgeleitet wurden. Bei Schätzwerten wurde davon ausgegangen, dass die Mehrzahl der Länder, in denen es z. Zt. eine Wehrpflicht gibt, diese auch beibehält.

Wenn nach dem Modell im Jahr 2004 (eventuelle Steigerungen nur im Rahmen des BIP-Wachstums) insgesamt 100 Mrd. ausgegeben werden könnten, verblieben nach Abzug der personalbezogenen Ausgaben noch 44 Milliarden für Betrieb und Materialerhaltung sowie für F&E und die Beschaffung von neuem Gerät. Bei einer üblicherweise verwendeten Systematik der Verteidigungs-

aufwendungen wird allerdings ein engerer Rahmen gesetzt: Als Basis dienen die Gesamtausgaben ohne die Ruhegehälter usw. – also in unserem Fall: 80,5 Mrd..

Legt man diese Zahl zugrunde, so verblieben rd. 55% für andere Zwecke als die Gewinnung und Besoldung von Personal. Eine plausible Annahme wäre, dass 25% für Betriebskosten und 30% für die Modernisierung der Streitkräfte (F&E/Beschaffung) vorgesehen werden können. Ein derartiger Anteil an Betriebskosten ist typisch für Streitkräfte, die relativ häufig für „out-of-area“-Einsätze herangezogen werden. Und die für Forschung, Entwicklung und Beschaffung eingeplanten Mittel wären, falls sie sich auf diesem Niveau stabilisieren, ausreichend für eine fortlaufende und durchaus vorzeigbare Modernisierung – allerdings unter der Voraussetzung, dass in den Streitkräften nicht die kapitalintensiven Elemente forciert Machtprojektion (insbesondere Marine- und Luftkomponenten) dominieren.

Anm.: Das skizzierte Modell schließt all jene Ausgaben aus, die einige EU-Mitgliedstaaten aufwenden, um ihren nationalen Steckenpferden (wie z.B. nationalen Interventions- und Atompotentialen) zu frönen.

Organisation: Teilstreitkräfte und Gliederung

Die stehenden Streitkräfte würden einen Personalumfang von 975.000 aktiven Personen zuzügl. 25.000 Dienstposten haben, die rotierend mit Reservisten zu besetzen sind - und zwar zur Auffrischung ihrer Ausbildung, als Vertretung im Einzelfall oder zur Auffüllung gekaderter Einheiten. Insgesamt steht ein Reservoir von 450.000 *ausgebildeten Reservisten* zur Verfügung.

Die stehenden Streitkräfte bestehen aus zwei Hauptkomponenten:

- im Inland stationierte Unterstützungs- und Sicherungskräfte,
- Eingreifverbände für die Verteidigung Europas an seiner Peripherie sowie für begrenzte „out-of-area“-Einsätze.

Die teilstreitkraftübergreifende *Unterstützungs- und Sicherungsorganisation* umfaßt 450.000 Personen in Uniform sowie 150.000 zivile Verwaltungsangehörige und hat folgende Funktionen:

- Grundausbildung von Rekruten,
- fachliche Ausbildung (soweit sie unmittelbar militärischen Charakter hat) für das gesamte Personal,
- Personalgewinnung (Auswahl) und Laufbahnenlenkung,
- Bewertung und Beschaffung von Gerät,
- Führung durch zentrale und regionale stationäre Stäbe,

- strategische Aufklärung und Kommunikation (zentrale Einrichtungen),
- logistische und medizinische Versorgung (Hauptstützpunkte),
- territoriale Verteidigung (Objektschutz) mit leichten, gekaderten Sicherungskontingenten je nach Größe und Risikowahrnehmung der betreffenden Mitgliedstaaten und
- Überwachung des EU-Luftraums mit bodengestützten Sensoren.

Die *Eingreifkräfte* umfassen 550.000 Personen in Uniform sowie 50.000 Zivilbedienstete (ohne Auslandsverwendung) und bestehen aus einer Landkomponente (Personalstärke: 385.000 = 75%) sowie Luft- und Seekomponenten (100.000 = 18% bzw. 65.000 = 12%).

Die für einen *Einsatz am Boden* vorgesehenen Kräfte verfügen über 40 Kampf- und 45 Unterstützungsbrigaden, wobei von den Kampfbrigaden 35 voll präsent und 5 weitgehend gekadert sind. Das Reservoir an aktiven Kampfbrigaden umfaßt:

- 2,5 Brigaden Spezialkräfte mit – partieller – Eignung für Luftlande- und (taktische) amphibische Einsätze,
- 2,5 Brigaden Panzeraufklärer auf Fahrzeugen, die denen der leichten, mechanisierten Verbände verwandt sind; zusätzliche Ausstattung mit landbeweglichen Robotern,
- 20 leichte, mechanisierte Brigaden (auf Radfahrzeugen; kein Fahrzeug schwerer als 10 t, da es keine überzeugenden Szenarien für „mittelschwer“ gibt), für eine präventive, unspektakuläre Dislozierung, Stabilisierung im Anfangsstadium, Verteidigung von Schutzzonen, Schutz von Kolonnen und großräumige Überwachung (Friedenserhaltung und Friedenssicherung),
- 10 schwere, mechanisierte Brigaden (Kettenfahrzeuge) als Rückhalt leichterer Kräfte, wenn es brenzlich wird, für begrenzte (Gegen-)Angriffe auf Widerstandsnester sowie für die Evakuierung unter maximalem Schutz.

Die 5 gekaderten Brigaden sind leicht gepanzerte/motorisierte Verbände und stützen sich auf Fähigkeiten und Kenntnisse erfahrener Reservisten, die sich freiwillig für Friedenserhaltungs- und Wiederaufbaueinsätze zur Verfügung stellen.

Die 40 Unterstützungsbrigaden, die bis zu einem gewissen Grad gekadert sind, setzen sich wie folgt zusammen:

- 5 Fernmeldebrigaden,
- 10 Logistikbrigaden (einschl. beweglicher Sanitätseinrichtungen),
- 5 Pionierbrigaden (zusätzlich zugeschnitten auf Katastrophenhilfe und Wiederaufbau),

- 5 Hubschrauberbrigaden (Schwerpunkte: Aufklärung, Verbindung, Versorgung und schwere Transporte, nicht jedoch Angriffseinsätze, da hierfür kein überzeugendes Szenario existiert; daher keine Konzeption für Kampfhubschrauber/“Luftmechanisierung“),
- 5 Artilleriebrigaden: im Einsatz bewegliche, radgestützte Träger für MLRS, Rohrartillerie und FOG-M-Systeme, unterstützt durch taktische, sensorgestützte Aufklärungs- und Zielerfassungsmittel (insbesondere auch: Drohnen),
- 5 Flugabwehrbrigaden, gemischt aus unterschiedlichen beweglichen Waffensystemen, mit sehr begrenztem Abwehrpotential gegen ballistische Flugkörper, zum Schutz lebenswichtiger Knotenpunkte der militärischen und zivilen Infrastruktur im In- und Ausland (teilweise integriert mit der Territorialverteidigung),
- 2.5 Brigaden ABC-Abwehr,
- 2.5 Brigaden Militärpolizei.

Diese Gesamtstruktur wirkt verhältnismäßig leicht und verfügt nur über etwa 1.000 oder ein Sechstel der heute in der EU vorhandenen Kampfpanzer; ihre Führungsorganisation ist sehr flexibel und macht das traditionelle Schema mit Korps- und Divisionsstäben überflüssig. Auftragsorientierte Führungskomplexe stellen die Kräfte zusammen, die für eine bestimmte Aufgabe erforderlich sind und wählen die „richtige Mischung“ sorgfältig aus der aus Kampf- und Unterstützungselementen gebildeten Matrix aus.

Naturgemäß kann zu irgendeinem Zeitpunkt nur ein Bruchteil dieser Kräfte gleichzeitig deutlich vom Standort entfernt operieren. Unter Anwendung eines plausiblen und empirisch auch belegbaren Rotationsfaktors zwischen 4 und 5 könnten Kräfte in einer Stärke von 75.000 bis 95.000 über längere Zeit (und zwar noch ohne Rückgriff auf die gekaderten Brigaden) im Ausland unterhalten werden.

Die *Luftkomponente* besteht ausnahmslos aus fliegenden Verbänden, da die Aufgabe der bodengestützten Luftverteidigung den Landstreitkräften zugewiesen wurde. Sie verfügt ferner auch nicht über Hubschrauber, da diese ebenfalls aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Landkomponente (wo sie von den anderen TSK zu „buchen“ sind) zugeordnet wurden. Da das Modell keine landgestützten Marineflieger vorsieht, soll die Luftkomponente allerdings die Fernaufklärung über See sowie in Ausnahmefällen auch die Bekämpfung von Seezielen übernehmen. Der Katalog der Starrfliegerstaffeln der Luftkomponente mit überwiegend militärischen Einsatzoptionen umfaßt:

- 5 Staffeln für operative Aufklärung: Überwachung des Luftraums sowie von Land- und Seebewegungen (unter Einsatz einer Kombination von unterschiedlich spezialisierten bemannten und unbemannten Systeme),
- 10 taktische Aufklärungsstaffeln (z.T. Eloka/Unterdrückung gegnerischer Flugabwehr), partiell für den Einsatz über See, bemannte und unbemannte Systeme,
- 30 Staffeln Abfangjagd/Luftüberlegenheit für die defensive Kontrolle des Luftraums über EU-Gebiet oder in Krisengebieten (entweder mit eigens dafür konzipierten Flugzeugtypen oder mit Jägerversionen von Mehrrollenflugzeugen),
- 10 Staffeln für die Luftnahunterstützung als flexible „Feuerwehr“ im Rahmen einer nicht-provokativen Verteidigung am Boden,
- 5 Staffeln für Interdiktio n und Strike (einschl. Einsätze gegen Seeziele), Transition zu unbemannten Luftfahrzeugen.

Hinzu kommt eine Staffel Tankflugzeuge zur Luftbetankung. Die durch die Luftkomponente bereitgestellte Transportkapazität stützt sich auf eine Kombination von Flugzeugtypen unterschiedlicher Reichweite und Nutzlast und teilweise ziviler Herkunft: eine Staffel mit schweren, interkontinentalen Systemen (über 100 t/mehr als 5.000 km), 5 Staffeln der kontinentalen Ebene (bis zu 20 t/höchstens 5.000 km) und 5 weitere Staffeln für den operativ-taktischen Bereich (5-10 t/bis zu 2.000 km).

Diese Luftkomponente stellt ein beachtliches Kampf- und Luftransportpotential dar. Ihre Stärke erscheint jedoch keineswegs als übertrieben groß. Ganz im Gegenteil: der Bestand an taktischen Flugzeugen – Jäger, Jagdbomber, Aufklärer – beträgt etwa 1.000 Maschinen (einschl. der Reservebestände). Das entspricht ungefähr etwas mehr als einem Drittel der entsprechenden derzeitigen Bestände der EU-Mitgliedstaaten. Die Luftbetankungskapazität erhöht die Flexibilität im Einsatz – reicht aber nicht aus, um massive Operationen offensiver Machtprojektion zu ermöglichen. Und hinsichtlich der Luftransportfähigkeit ist die Feststellung wichtig, dass sie für relevante Einsätze der Katastrophenhilfe und für die schnelle Verlegung leichter, mechanisierter Verbände zur Stabilisierung im Anfangsstadium von Krisen ausreichen würde, nicht aber für eine größere Expedition unter Einsatz schwerer Verbände.

Die *Seekomponente* verfügt über Einheiten, die weniger für eine Präsenz auf hoher See und Operationen über große Entfernungen als vielmehr für die ausdauernde Kontrolle von Küsten und Seegebieten an der Peripherie Europas – insbesondere im Mittelmeer und den angrenzenden Bereichen – konzipiert sind. Diese Schiffstypen sind nachstehend (nach Hauptkategorien geordnet) aufgelistet:

- 30 Zerstörer und/oder Standardfregatten für längerfristige Überwachungsaufträge (Embargos!) und als Führungsschiffe für leichtere Verbände,
- 50 Korvetten für aktive Überwachungseinsätze – auch in Küstengewässern,
- 20 Uboote (befähigt für längere Tauchzeiten und speziell konzipiert auch für flache Gewässer) als unsichtbare, nicht provokative Vorposten mit ausgedehnten Einsatzzeiten,
- 50 Minensuch-/Minenjagdfahrzeuge.

Zusätzlich hierzu wären 5 Mehrzweckschiffe für Katastrophenhilfe sowie 5 große Flottentender (Zweck: Versorgung auf See) vorgesehen. Erstere lehnen sich an das italienische Vorbild an; dies ist eine längst überfällige Maßnahme. Das letztere Vorhaben mit der darin implizierten eher begrenzten Bereitstellung hochseetüchtiger Versorger soll eine „Bremswirkung“ auf die strategische Reichweite der vorgeschlagenen Seestreitkräfte indizieren.

Das Modell sieht keine Landungsfahrzeuge für größere Angriffseinsätze von Marineinfanterie gegen verteidigte Küsten vor. Plattformen für Senkrechtstarter (Starr- oder Drehflügler) werden als eine Option angesehen. Allerdings wird dabei vorgeschlagen, derartige Einheiten nur für Überwachungsaufträge und den nicht-aggressiven See-Land-Umschlag von Material und Personal vorzusehen. Die Entsendung von größeren Kontingenten an Bodentruppen über große Entfernungen würde in der Regel – falls nicht ausnahmsweise auf dem Luftweg – mit zivilen Roll-on-roll-off-Schiffen erfolgen, die aufgrund von vorsorglich geschlossenen Verträgen unschwer mobilisiert werden können. Insgesamt ergibt sich das Bild einer ausgewogenen, stabilitätsorientierten Flotte: leistungsstark und trotzdem bescheiden. Die ins Auge gefaßte Anzahl von Zerstörern und Standardfregatten z.B. entspricht nur etwas mehr als einem Viertel dessen, was die EU-Mitgliedstaaten gegenwärtig besitzen.

Integration: Militärische Strukturen, Personalgewinnung

Sollen die europäischen Streitkräfte ein wirksames Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik der EU werden, so erfordert dies ein beträchtliches Maß an struktureller Integration und das ständige Bemühen um noch mehr organisatorische Vereinheitlichung. Teile der im europäischen Binnenland dislozierten Unterstützungs- und Sicherungsorganisation, die sich für eine weitgehende Integration (einschl. gemischter Personalausstattung) eignen, sind das zentrale Hauptquartier, die strategische Nachrichtengewinnung und Kommunikation sowie die Überwachung des EU-Luftraums mit bodengestützten Sensoren. Eine zwar partielle, aber zunehmende Integration würde sich bei Logistik und Rüstungsbeschaffung anbieten.

Bei den Eingreifkräften sollten alle operativen Stäbe multinational besetzt sein, wobei jedoch nicht notwendigerweise eine proportionale Vertretung aller

Teilnehmerstaaten gegeben sein müsste. Bei den Teilstreitkräften wäre das Ausmaß der organisatorischen Integration wahrscheinlich unterschiedlich, und zwar aufgrund der im westlichen Bündnis gewonnenen Erfahrungen und im Lichte nationaler Traditionen. Bei einem Einsatz oder einer Übung würde bei der Seekomponente die „Multinationalität“ oberhalb der Ebene des einzelnen Schiffes bzw. Bootes beginnen; bei der Luftkomponente wäre dies oberhalb der Staffelebene der Fall. Ergänzt würde dies durch Programme für eine häufig rotierende Stationierung.

Bei den Truppen für den Einsatz am Boden, deren Verbände typischerweise eine relativ starke, traditionelle Bindung an ihre Region oder ihr Land aufweisen, wären Pläne für eine generelle Integration unterhalb der Brigade-Ebene sowie eine forciert rotierende Stationierung in absehbarer Zukunft unrealistisch. Abgesehen davon sprechen auch Gründe der Praktikabilität (unzureichende Standardisierung grundlegender Verfahren) dafür, dass die Bodentruppen noch für relativ lange Zeit auf der taktischen Ebene national homogen zusammengesetzt bleiben.

Insgesamt scheint es für die Integration vergleichsweise gute Chancen im Bereich der operationellen Strukturen zu geben. Die Zusammenführung von Menschen – ihre „Vermischung“ – wird vielleicht zunächst aufgeschoben werden müssen, zumindest im Hinblick auf erhebliche Teile der Organisation. Hinzu kommt ein Aspekt, der uns sogar zu der Frage veranlaßt, ob eine totale Integration überhaupt wünschenswert ist. Die Mitgliedstaaten der EU sind nämlich geteilter Meinung darüber, wie man am besten Personal für moderne Streitkräfte gewinnt. Sehr wahrscheinlich werden noch auf lange Zeit zwei verschiedene Modelle nebeneinander existieren: ein reines Freiwilligensystem und eine gemischte Struktur mit einer Komponente von Wehrpflichtigen.

Dies muss sich jedoch auf die Sache der Streitkräfte Europas nicht unbedingt negativ auswirken. Die Befürworter des ersteren Modells würden weiterhin auf die Vorteile der längeren Ausbildung verweisen, während die Anhänger des letzteren überzeugend behaupten mögen, dass die Wehrpflicht den Zugang zu einem „besseren Menschenschlag“, zu einer breiteren Skala an Begabungen und Kenntnissen erschließt. Auf dieser solideren Grundlage würde man dann junge Menschen einladen, sich freiwillig zu melden, um sich bei „out-of-area“-Einsätzen als ordentliche „einfache“ Soldaten oder auch als kompetente Führer bewähren zu können.

Ausrüstung: Modernisierung und technologische Aspirationen

Das avisierte Modell kombiniert (partielle) Abrüstung mit „Umrüstung“. Abrüstung findet sich in den beispielhaft erwähnten signifikanten Verringerungen bei einer Reihe von wesentlichen Waffensystemen. Ein solcher Schrum-

pfungsprozeß führt in der Regel dazu, dass nur die neuesten, modernsten Systeme beibehalten werden, was wiederum zur Folge hat, dass die entsprechenden verbleibenden Bestände (an Panzern, taktischen Flugzeugen, Fregatten oder was auch immer) im Durchschnitt erheblich leistungsstärker sind. Infolgedessen kann die materielle Ablösung dieser Bestände verschoben werden und würde sich natürlich auch auf geringere Stückzahlen beziehen. Gleichzeitig müßten dann nicht alle, aber ein Teil der durch diese Verfahrensweise eingesparten Mittel in einen Umrüstungsprozeß investiert werden, wobei der Schwerpunkt der Beschaffungen bei Projekten liegen würde, die sich aus dem Modell und seinen stabilitätsorientierten Funktionen ableiten.

Es bedarf kaum einer besonderen Erwähnung, dass in einer sich integrierenden Struktur den Investitionen in vereinheitlichte Fernmeldemittel besondere Priorität zukommen müßte. Ein weiteres, weniger triviales Anliegen würde die Aufklärung auf operativer Ebene sein. Dies ist als Grundlage für Einsätze regionaler Größenordnung (Reaktion auf Krisen!) notwendig, ist aber bisher in Europa stark vernachlässigt worden, und zwar anscheinend, weil die Entwicklung eines eigenständigen militärischen Satellitensystems beim Statuswettkampf mit den USA erfolgversprechender erschien. Eine weltraumgestützte strategische Aufklärung ist zwar relativ wichtig, aber nicht von *so* großer Bedeutung.

Abgesehen von der besonderen Betonung von Aufklärung auf operativer (und übrigens auch taktischer) Ebene sollten sich Beschaffungsmaßnahmen in erster Linie auf die Entwicklung der Ausstattung von leistungsstarken, leichten Kräften konzentrieren. Man denke z. B. an Korvetten für die Allwetterkontrolle von Küstengewässern oder an leichte, gepanzerte Fahrzeuge für unterschiedliche Funktionen im Rahmen von Friedensmissionen (deren Überlebensfähigkeit darauf beruht, dass sie operativ und taktisch beweglich sowie kompakt sind – anders gesagt: keine mittelgewichtigen, gepanzerten Busse nach Art der „eierlegenden Wollmilchsau“!).

Insgesamt läßt sich feststellen, dass die bei unserem Modell benötigte moderne Technologie größtenteils von recht robuster Natur ist. Aufwendige Komponenten mit Spitzentechnologie würden nur dort in das Gesamtschema einbezogen werden, wo sie absolut notwendig und nutzbringend sind, wie dies z.B. bei den Sensoren für die operative und taktische Aufklärung (oder etwa bei präzisionsgelenkten Waffen der unteren Reichweitenkategorien) der Fall ist.

Völlig anders würden die Dinge allerdings liegen, falls die Beschaffungspolitik auch weiterhin von vagen Visionen der Machtprojektion mit übergroßen Luft- und Seestreitkräften und der Fähigkeit zu Angriffen über große Entfernungen geleitet wäre: Dies würde nämlich eine nahezu völlige Abhängigkeit von Spitzentechnologien implizieren. Es mag, wenngleich nur unvollkommen, den Ehrgeiz mancher militärischer Führer befriedigen, ließe sich aber eindeutig nicht

mit einem 30%igen Anteil von militärischer F&E/Be-schaffung an den Verteidigungsausgaben (nach der engeren Definition) vereinbaren.

Europäisierung: Ein rüstungspolitischer Fehlschlag

Immer wieder ist behauptet worden, dass die „Europäisierung“ der Rüstungsindustrien eine notwendige flankierende Maßnahme für die Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik und möglicherweise auch integrierter Streitkräfte auf dem alten Kontinent darstelle. Ebenso wurde erklärt, nur eine internationale Fusion nationaler Kapazitäten zusammen mit mehr Rationalisierung könne eine für Europa lebenswichtige Rüstungsbasis bewahren. Nur solche gebündelten Produktionskapazitäten könnten – so hieß es – die rechtzeitige Entwicklung und Auslieferung von Rüstungserzeugnissen auf dem neuesten Stand der Technik zu relativ niedrigen Kosten garantieren.

Dies ist zum guten Teil falsch. Versuche, bestimmte Zweige der Rüstungsindustrien verschiedener Länder zu europäisieren, haben oft zu ernststen politischen, nationalistisch gefärbten Kontroversen geführt. Das gleiche gilt noch mehr im Hinblick auf zahlreiche konkrete Pläne für die gemeinsame Fertigung und Beschaffung großer Waffensysteme. Bei vielen dieser Vorhaben war die Tendenz zum Fehlschlag von Anfang an programmiert, weil vor der Inangriffnahme keine hinreichende Harmonisierung der nationalen militärischen Forderungen stattgefunden hatte.

Selbst in den immer wieder als Erfolg zitierten Fällen, die tatsächlich zur Koproduktion von Waffensystemen für die Streitkräfte von zwei oder mehr europäischen Staaten führten oder wahrscheinlich dazu führen werden, sind die Ergebnisse mit erstaunlicher Regelmäßigkeit eher enttäuschend ausgefallen. Die Produkte tendieren zu überhöhten Preisen, kommen viel zu spät, hinken oft hinter der technischen Entwicklung her und entsprechen den Forderungen der Bedarfsträger nur teilweise. Das quadrilaterale Projekt EUROFIGHTER und der deutsch-französische TIGER (ein bewaffneter Geleithubschrauber) sind besonders alptraumhafte Beispiele. Solche Systeme sind kaum konkurrenzfähig, und zwar insbesondere deswegen, weil es weder vor noch während der Entwicklung Wettbewerb gab.

Nicht alle Produkte europäischer Rüstungsproduzenten bleiben jedoch unter dem erforderlichen Niveau. Nationale Hersteller liefern nach wie vor gute Qualität. Man denke beispielsweise nur an italienische Schiffsgeschütze oder deutsche Panzer- und Ubootentwicklungen! Es ist nicht überraschend, wenn derartig gute Leistung amerikanisches Kapital angelockt hat, dem es bereits in gewissem Maße gelungen ist, Einfluss auf die entsprechenden Fertigungsstätten zu gewinnen – mit der Aussicht auf die Nutzung der betreffenden Technologien. Eine Folge davon sind Versuche, Rechtsvorschriften zur Verhinderung allzu

leichter Übernahmen einzuführen oder zu verstärken, wenngleich dies nur begrenzte Erfolge zeitigte. Anscheinend ist das amerikanische Kapital tatsächlich so aggressiv, dass selbst eine Fusion nationaler Kapazitäten möglicherweise nicht immer das Überleben hiesiger technologischer Potentiale gewährleisten kann.

Eine tragfähige Alternative würde darin bestehen, dass man eine integrierte europäische Doktrin für tendenziell alle Ebenen militärischen Handelns als Basis für die Entstehung einer harmonisierten, gemeinsamen Beschaffungspolitik entwickelt. Den Europäern würde dies – auf der Grundlage ihres aggregierten Beschaffungsbudgets - enorme Kaufkraft auf den internationalen Rüstungsmärkten verleihen. Dabei müßte es genau so legitim sein, in der Russischen Föderation oder in den USA einzukaufen wie in Europa (unabhängig davon, ob der Lieferant „europäisiert“ ist). Dies könnte dann die europäische Rüstungsindustrie dazu anspornen, konkurrenzfähiger zu werden – oder es könnte ihr (partiell) Verschwinden zur Folge haben. Letzteres würde allerdings keine Katastrophe bedeuten, denn der Beitrag der militärischen Technologie zur (zivilen) Technologiebasis insgesamt ist nahezu vernachlässigbar.

Ironisches Schlußwort

Das Modell integrierter Europäischer Streitkräfte ist eine wesentliche Komponente dessen, was als produktive Vision einer Welt ohne militärische Dominanz bezeichnet worden ist. Es scheint ganz so, als ob eine leistungsfähige Streitmacht im Sinne flankierender Unterstützung einer Außenpolitik des Ausgleichs machbar wäre.

Eine Politik militärischer Selbstbeschränkung, kombiniert mit der Konzentration auf Friedenssicherung und Friedensunterstützung, ermöglicht es, eine eindrucksvolle Streitmacht zu überraschend niedrigen Kosten zu schaffen. Diese könnte an der Peripherie Europas mindestens so viele „Landser“ über längere Zeiträume vor Ort unterhalten wie die mächtige US-Army (ohne Reservisten). Eine Einschätzung, die aber mit einer Prise Ironie gewürzt zu verstehen ist, denn Statuskonkurrenz war keineswegs die Motivation für den vorliegenden Vorschlag.